

Höhere Fachprüfung für Sozialversicherungs-Expertinnen und -Experten 2023

Prüfungsteil 1.2 Falldossier

Kandidatennummer	
Zweig	Arbeitslosenversicherung
Dauer	90 Minuten
Falldossier	Nr. 1
	Salvatore Mahiro
Beilagen	3 Seiten <ul style="list-style-type: none"> – Beilage 1: Stelleninserat (1 Seite) – Beilage 2: Lebenslauf (2 Seiten)
Anzahl Seiten	13

Falldossier: Salvatore Mahiro

Sachverhalt

Sie sind als Personalberater/in in einem RAV angestellt. Ihnen wurde ein neuer Stellensuchender zugeteilt. Sein Name ist Salvatore Mahiro. Er war bereits von September 2021 bis Ende Januar 2022 auf dem RAV angemeldet. Er war bezugsberechtigt, hat dann mittels privater Arbeitsvermittlung eine Stelle gefunden und wurde von der Arbeitsvermittlung abgemeldet. Sein versicherter Verdienst betrug CHF 84'000.00 (monatlich 7'000.00 inkl. 13. Monatslohn); er hat unterhaltspflichtige Kinder.

Mitte Mai 2022 kündigte die neue Arbeitgeberin, die No Risk and Fun AG, einer Versicherungs- und Vermögensverwaltungsgesellschaft mit rund 800 Mitarbeitenden, das Arbeitsverhältnis mit Salvatore Mahiro. Die Kündigung erfolgte aufgrund einer Restrukturierung, die den Abbau von über 70 Stellen zur Folge hatte. Salvatore Mahiro meldete sich deshalb am 15.06.2022 erneut beim RAV an.

An Ihrem Erstgespräch im Juni 2022 erfahren Sie, dass Salvatore Mahiro im März 2022 durch einen Unfall sein Gehör verloren hat. Er war deshalb aber nicht arbeitsunfähig und konnte seiner Tätigkeit immer nachgehen; auf eine Anmeldung bei der IV wurde verzichtet. Salvatore Mahiro findet sich im Privat- und Arbeitsleben sehr gut zurecht, aber die mündliche Kommunikation mit ihm ist schwierig.

Aufgaben

1. Die Situation am Erstgespräch ist schwierig, da Salvatore Mahiro nur in Gebärdensprache kommunizieren und Ihnen niemand innerhalb vom RAV weiterhelfen kann. Eine Begleitperson ist nicht dabei. Kann die Arbeitslosenversicherung die Kosten für eine Gebärdensprachendolmetscherin übernehmen? Begründen Sie Ihre Antwort (10 Punkte).
2. Hat die Gehörlosigkeit von Salvatore Mahiro Auswirkungen auf die Vermittlungsfähigkeit ab der Anspruchsstellung? Begründen Sie Ihre Antwort und erklären Sie zudem den Begriff der Vermittlungsfähigkeit (15 Punkte).
3. Ein Freund von Salvatore Mahiro bietet ihm eine Teilzeitstelle (60 %) bei der IT-Skills GmbH an. In dieser Anstellung würde er CHF 5'000.00 im Monat verdienen. Er ist unsicher und fragt Sie um Rat.

Zeigen Sie die Vorteile eines Zwischenverdiensts auf und zählen Sie zusätzlich die vier zentralen Pflichten auf, die er auch bei einem Zwischenverdienst zu erfüllen hat. Erklären Sie diese jeweils in einem kurzen Satz (10 Punkte).

4. Da Sie früher bei der Arbeitslosenkasse als Sachbearbeiter/in gearbeitet haben, können Sie den finanziellen Mehrwert eines Zwischenverdiensts aufzeigen. Berechnen Sie in der konkreten Situation die durchschnittliche Kompensation- und Differenzzahlung und erklären Sie die Unterscheidung der beiden. Zeigen Sie zudem auf, was die Anrechnungen eines Zwischenverdiensts im Zusammenhang mit den Taggeldern für Auswirkungen hat (15 Punkte).
5. Es erreicht Sie eine E-Mail von Salvatore Mahiro, in welcher er erklärt, dass er nach Deutschland zurückzukehren möchte, um dort eine neue Stelle zu suchen. Er will mit Ihnen im nächsten Beratungsgespräch das weitere Vorgehen besprechen.

Welche Möglichkeiten bestehen in dieser Situation und welche Bedingungen müssen dabei erfüllt sein? Nennen Sie zudem die fünf wichtigsten Themen, die Sie am Gespräch besprechen wollen und beschreiben oder erklären Sie diese in Stichworten (15 Punkte).

6. Salvatore Mahiro bleibt doch in der Schweiz und Sie stellen bereits vor dem nächsten Beratungsgespräch fest, dass er sich auf Ihre Zuweisung (siehe Stellenausschreibung, Beilage 1) hin nicht beworben hat. Im Beratungsgespräch sprechen Sie ihn darauf an. Er gibt an, diese Stelle sei für ihn nicht zumutbar gewesen.

Zählen Sie sechs unterschiedliche Kriterien der Unzumutbarkeit auf und beschreiben Sie diese in einem kurzen Satz. Geben Sie zudem mit einer nachvollziehbaren Begründung an, weshalb das von Ihnen jeweils genannte Kriterium in diesem konkreten Fall (siehe auch seinen Lebenslauf, Beilage 2) nicht zutrifft (10 Punkte).

7. Salvatore Mahiro meldet sich bei Ihnen und teilt mit, dass er eine passende Stelle gefunden hat. Die Stelle ist jedoch in einem anderen Kanton, so dass er nicht täglich an den Wohnort zurückkehren kann. Durch die Annahme der auswärtigen Arbeit entsteht eine finanzielle Einbusse im Vergleich zur letzten Tätigkeit.

Die Fahrkosten betragen im Monat CHF 240.00 und eine auswärtige Unterkunft CHF 600.00 pro Monat. Zudem gibt er an, dass er im Tag CHF 25.00 Verpflegungskosten hat.

Geben Sie an, ob bei diesem Sachverhalt eine geeignete arbeitsmarktliche Massnahme angezeigt ist. Begründen Sie Ihre Antwort und geben sie zudem an, was konkret entschädigt werden kann (15 Punkte).

Nennen Sie jeweils die genauen Grundlagen des Gesetzes/Verordnung/AVIG-Praxis.

Beilagen

- Beilage 1: Stellenausschreibung
- Beilage 2: Lebenslauf

Erwartungen

Bearbeiten Sie die oben angeführten Aufträge der Reihe nach. Stellen Sie Ihre Ergebnisse schriftlich dar (Seiten nur einseitig beschriften). Achten Sie darauf, dass Ihre Ausführungen für Dritte nachvollziehbar sind und Sie Ihre Aussagen hinreichend begründen. Als Richtgrösse werden 2 - 4 Seiten A4 erwartet, der effektive Umfang Ihrer Arbeit wird nicht bewertet. Beschriften Sie jede Seite oben rechts mit Ihrem Namen und Ihrer Kandidatennummer.

Für die Bearbeitung des Falldossiers stehen Ihnen 90 Minuten zur Verfügung.

Hinweis

Für die Recherche steht Ihnen während der Prüfung der Online-Zugriff ins Internet zur Verfügung.

Beurteilung

Ihre Leistung wird nach folgenden Leitfragen bewertet:

- Nimmt der/die Kandidat/in eine ganzheitliche Analyse der Ausgangslage vor und stellt er/sie die Ergebnisse nachvollziehbar dar?
- Beschreibt der/die Kandidat/in die zentralen Fragestellungen bzw. Herausforderungen?
- Zieht der/die Kandidat/in angemessene erste Schlussfolgerungen in Bezug auf das weitere Vorgehen?
- Beschafft der/die Kandidat/in alle erforderlichen Informationen und fasst er/sie diese nachvollziehbar zusammen?
- Trifft der/die Kandidat/in einen geeigneten Entscheid und argumentiert er/sie den Entscheid nachvollziehbar und fachlich korrekt?
- Kommuniziert der/die Kandidat/in den Entscheid korrekt und für die Zielgruppe angemessen?

Punkte

max. 90

Aufgabe 1:

Ja, die anfallenden, notwendigen Kosten für Gebärdensprachdolmetscherdienste werden von der Arbeitslosenversicherung getragen.

Begründung:

Die Kommunikation von hörbehinderten und gehörlosen Versicherten mit den Vollzugsstellen, den Organisationen oder den potenziellen Arbeitgebern muss von der Arbeitslosenversicherung ermöglicht werden, weshalb die nötigen Vorkehrungen zu treffen sind. Hörbehinderte Versicherte sind meist in der Lage, an den Kontroll-, Beratungs- oder Vorstellungsgesprächen mittels Hörgeräten oder Lippenlesen aktiv teilzunehmen. Gehörlose Versicherte hingegen sind in ihrem Kontakt mit den Vollzugsstellen (oder mit den Organisationen bzw. den potenziellen Arbeitgebern) auf Gebärdensprachdolmetscherdienste angewiesen.

Da Salvatore Mahiro grundsätzlich als vermittlungsfähig gilt und er einer Tätigkeit auf dem ersten Arbeitsmarkt nachgehen kann, sind die Grundvoraussetzung für die Übernahme der Kosten erfüllt (Rz. A1a und Rz. A1b Weisung AVIG AMM).

Aufgabe 2:

Nein. Salvatore Mahiro ist im vollen Umfang vermittlungsfähig.

Begründung:

Der Arbeitslose ist vermittlungsfähig, wenn er bereit, in der Lage und berechtigt ist, eine zumutbare Arbeit anzunehmen und an Eingliederungsmassnahmen teilzunehmen (Art. 15 Abs. 1 AVIG). Salvatore Mahiro hat zwar eine körperliche Behinderung (Gehörlosigkeit), ist aber bereit, berechtigt und in der Lage, eine Tätigkeit aufzunehmen. Er kann sich somit auf dem Arbeitsmarkt frei bewegen.

Der Begriff der Vermittlungsfähigkeit enthält folgende Elemente, welche kumulativ erfüllt sein müssen:

Die Vermittlungsbereitschaft (subjektives Element)

Wesentliches Element der Vermittlungsbereitschaft ist die Bereitschaft zur Annahme einer Arbeitnehmendätigkeit. Die bloss verbal geäusserte Vermittlungsbereitschaft genügt nicht. Vielmehr muss sich die versicherte Person der öffentlichen Arbeitsvermittlung zur Verfügung stellen, jede zumutbare Arbeit annehmen, sich selbst intensiv um eine zumutbare Arbeit bemühen und an Eingliederungsmassnahmen teilnehmen.

Die Arbeitsfähigkeit (objektives Element)

Arbeitsfähigkeit ist die psychische und körperliche Fähigkeit von Beschäftigten, die ihnen zugewiesenen Arbeitsaufgaben erfolgreich zu bewältigen.

Die Arbeitsberechtigung (objektives Element)

Verfügt die versicherte Person mit ausländischer Nationalität über keine Arbeitsberechtigung, fehlt es an der Vermittlungsfähigkeit. Die Arbeitsberechtigung als Element der Vermittlungsfähigkeit ist bei Ausländer/innen ohne Niederlassungsbewilligung abhängig vom Vorhandensein oder der mutmasslichen Verlängerung einer fremdenpolizeilichen Aufenthaltsbewilligung zur Ausübung einer Erwerbstätigkeit.

Bereitschaft zur Teilnahme an Eingliederungsmassnahmen

Der Begriff «Eingliederungsmassnahmen» umfasst alle arbeitsmarktlichen Massnahmen inkl. Informationsveranstaltungen, Beratungs- und Kontrollgespräche.

Eine versicherte Person, die arbeiten will, kann und darf, und die sich um Arbeit bemüht, gilt grundsätzlich, unabhängig von der arbeitsmarktabhängigen Vermittlungschance als vermittlungsfähig. Wenn jedoch die versicherte Person aus persönlichen, familiären oder zeitlichen Gründen ihre Arbeitskraft auf dem für sie in Betracht fallenden allgemeinen Arbeitsmarkt nicht so einsetzen kann oder will, wie es ein Arbeitgeber normalerweise verlangt, liegt Vermittlungsunfähigkeit vor (Rz. B215, B216 und B217 Weisung AVIG ALE).

Aufgabe 3:

<i>Vorteile</i>
<i>Finanzieller Vorteil bei Kompensationszahlung</i>
<i>Beitragszeit für neue Rahmenfrist</i>
<i>Feste Tagesstruktur</i>
<i>Neue Referenzen</i>
<i>Ev. Festanstellung mit zumutbarem Lohn</i>
<i>Qualifikation erhalten</i>
<i>Ev. Krankentaggeldversicherung</i>
<i>Ev. BVG-Sparabzug</i>

<i>Zentrale Pflichten</i>
Melde- und Auskunftspflicht gegenüber dem RAV / ALK: <i>Arbeitsunfähigkeit melden, Ende Zwischenverdienst, Änderung der Adressdaten etc.</i>
Schadenminderungspflicht: Solange ALE-Zahlungen erfolgen, muss die versicherte Person sich um die Beendigung der Arbeitslosigkeit bemühen.
Mitwirkungspflicht: Einreichen der geforderten Unterlagen
Erreichbarkeit: Auf Nachrichten und Anfragen innerhalb von 24h reagieren.

Aufgabe 4:

Kompensationszahlung

Ist das Einkommen geringer als die der versicherten Person zustehende Arbeitslosenentschädigung, so besteht innerhalb der Rahmenfrist für den Leistungsbezug ein Anspruch auf Kompensationszahlungen (Art. 41a Abs. 1).

Der Anspruch auf Ersatz des Verdienstauffalls besteht längstens während der ersten zwölf Monate einer Erwerbstätigkeit nach Absatz 1; bei Versicherten mit Unterhaltspflicht gegenüber Kindern unter 25 Jahren sowie bei Versicherten, die über 45 Jahre alt sind, besteht er längstens bis zum Ende der Rahmenfrist für den Leistungsbezug (Art. 41a Abs. 4).

Berechnung:

Versicherter Verdienst: CHF 7'000

Verdienstauffallgrenze: CHF 5'600

Zwischenverdienst: CHF 5'000

Berechnung $7'000 - 5'000 = 2'000 \cdot 80\% = \text{CHF } 1'600$ Kompensationszahlung

Differenzzahlung

Hat die versicherte Person keinen Anspruch mehr auf Kompensationszahlungen, wird das innerhalb einer Kontrollperiode erzielte Einkommen von der ihr zustehenden ALE abgezogen (Rz. C137 AVIG-Praxis).

Berechnung:

Versicherter Verdienst: CHF 7'000

Verdienstauffallgrenze: CHF 5'600

Zwischenverdienst: CHF 5'000

Berechnung $7'000 \cdot 80\% = 5'600 - 5'000 = \text{CHF } 600$ Differenzzahlung

Unterschiede	Auswirkung auf die Taggelder
Bei der Kompensationszahlung erhält die vP durchschnittlich eine höhere ALE-Entschädigung von CHF 1'000.	Berechnung Taggeld infolge Kompensationszahlung. $\text{Verdienstauffall} = \text{CHF } 5'600 / 21.7 = \text{CHF } 258.05$ $\text{Kompensationszahlung} / 258.05 = 6.2$ Taggelder
Bei der Differenzzahlung erhält die vP durchschnittlich eine ALE Entschädigung von CHF 600.	Die versicherte Person «tilgt» im Durchschnitt nur 6.2 Taggelder

Aufgabe 5:

Möglichkeiten und Voraussetzungen

Der Leistungsexport ermöglicht der versicherten Person, ihren Leistungsanspruch zum Zweck der Stellensuche in einen anderen EU-/EFTA-Mitgliedstaat mitzunehmen, ohne dass sie zugleich ständig gegenüber der schweizerischen Arbeitsverwaltung (RAV) verfügbar sein muss. Auf einen Leistungsexport von 3 Monaten besteht grundsätzlich ein Rechtsanspruch. Von der in Art. 64 Abs. 1 Bst. c Grundverordnung (GVO) erwähnten Möglichkeit einer Verlängerung des Mitnahmezeitraums auf 6 Monate macht die Schweiz keinen Gebrauch. Das RAV bewilligt den Leistungsexport daher für höchstens 3 Monate. Gehen Verlängerungsgesuche beim RAV ein, müssen diese verfügungsweise mit der Begründung abgelehnt werden, dass die Schweiz generell keine Verlängerung des Mitnahmezeitraums auf maximal 6 Monate vorsieht.

Damit der Leistungsexport bewilligt werden kann, muss die versicherte Person folgende Voraussetzungen erfüllen:

- *Anspruch auf ALE muss bestehen.*
- *Persönlicher Geltungsbereich muss erfüllt sein.*
- *Der Auslandsaufenthalt dient dem Zweck, durch die Aufnahme eines Beschäftigungsverhältnisses im Ausland die Arbeitslosigkeit zu beenden.*

Zusätzliche Anspruchsvoraussetzung; Wartezeiten:

- *Die versicherte Person muss vor ihrer Abreise grundsätzlich während mindestens vier Wochen (= 28 Kalendertagen) nach Beginn ihrer Arbeitslosigkeit beim RAV als arbeitslos gemeldet gewesen sein und der Arbeitsvermittlung zur Verfügung gestanden haben (Rz. G55 Weisung ALE 883).*
- *Ein Leistungsbezug ist während der vierwöchigen Wartefrist nicht vorausgesetzt, die versicherte Person muss lediglich dem schweizerischen Arbeitsmarkt zur Verfügung stehen. Die Wartefrist des Leistungsexports wird auch während des Bestehens von Sanktionstagen (Art. 30 AVIG) oder Wartezeiten (Art. 18 AVIG) getilgt (Rz. G56 Weisung ALE 883).*
- *Das RAV genehmigt den Leistungsexport ausnahmsweise bereits vor Ablauf der vierwöchigen Wartefrist, wenn: eine zeitnahe Vermittlung in den inländischen Arbeitsmarkt nicht möglich erscheint (Art. 64 Abs. 1 Bst. a Satz 2 GVO); oder der bestehende oder der in den nächsten Wochen zu erwartende Arbeitskräftebedarf voraussichtlich auch ohne die abreisewillige Person gedeckt werden kann (Rz. G60 Weisung ALE 883).*
- *Bei Rückkehrer/innen, denen der Leistungsexport in ihren Heimatstaat offensteht, kann auf das Bestehen der vierwöchigen Wartefrist grundsätzlich verzichtet werden (Rz. G61 Weisung ALE 883).*

Das RAV muss die versicherte Person, die den Leistungsexport anstrebt oder beantragt, ausreichend über ihre Rechte und Pflichten informieren. Zu diesem Zweck überreicht das RAV der versicherten Person das Info-Service «Leistungen bei Arbeitssuche im Ausland» (Rz. G18 Weisung ALE 883).

<i>Thema</i>	<i>Beschreibung / Erklärung</i>
<i>Antrag auf LE</i>	<i>Antrag auf Leistungsexport stellen.</i>
<i>Daten / Fristen</i>	<i>Ausreisedatum und Fristen, welche in Deutschland zwingend einzuhalten sind, wie zum Beispiel der 7-tägigen Frist zur Anmeldung auf dem Arbeitsamt in Deutschland.</i> <i>Abmeldung auf der Gemeinde resp. Kreisbüro</i>
<i>Geldfluss</i>	<i>Zahlungen der Arbeitslosenkasse an ein bestehendes Konto für max. 3 Monate.</i> <i>Informationen und ggf. Abgabe des spez. AVP bei Leistungsexport.</i>
<i>Formulare</i>	<i>PD U1 und PD U2, evtl. weitere Formulare erklären und besprechen.</i>
<i>Rückkehr</i>	<i>Termine, Ablauf, Fristen welche zwingend einzuhalten sind.</i>

Aufgabe 6:

Kriterium Unzumutbarkeit 1:
<i>Berufs- und ortsübliche Bedingung (lit. a)</i>
Begründung
<i>Es werden attraktive Anstellungsbedingungen angeboten, Gehalt und Bedingung werden marktüblich sein.</i>

Kriterium Unzumutbarkeit 2:
<i>Fähigkeiten und bisherige Tätigkeit (lit. b)</i>
Begründung
<i>Versicherte Person erfüllt fast alle Anforderungen, hohe Übereinstimmung mit Erfahrung.</i>

Kriterium Unzumutbarkeit 3:
<i>Alter, persönliche Verhältnisse, Gesundheitszustand (lit. c)</i>
Begründung
<i>Es werden keine Altersangaben gemacht. Auch gesundheitlich keine Belastung ausser der Gehörlosigkeit erkennbar.</i>

Kriterium Unzumutbarkeit 4:
<i>Relativer Berufsschutz (lit. d)</i>
Begründung
<i>Durch hohe Übereinstimmung mit Profil von versicherten Personen ist keinerlei Erschwerung zu erkennen.</i>

Kriterium Unzumutbarkeit 5:
<i>Kollektive Arbeitsstreitigkeit (lit. e)</i>
Begründung
<i>Nicht erkennbar, also muss Zumutbarkeit angenommen werden.</i>

Kriterium Unzumutbarkeit 6:
<i>Arbeitsweg (lit. f)</i>
Begründung
<i>Arbeitsort ist zeitlich und hinsichtlich Verkehrsmittel bequem zu erreichen.</i>

Kriterium Unzumutbarkeit 6:
<i>Ständige Abrufbereitschaft (lit. g)</i>
Begründung
<i>Nicht erkennbar, also muss Zumutbarkeit angenommen werden.</i>

Aufgabe 7:

Geeignete Massnahmen

Pendlerkosten und Wochenaufenthalterbeiträge werden den versicherten Personen durch die Versicherung gewährt, wenn:

- a. ihnen in ihrer Wohnortsregion keine zumutbare Arbeit vermittelt werden kann; und*
- b. sie die Beitragszeit nach Art. 13 erfüllt haben.*

Die betroffenen Versicherten erhalten die Beiträge innerhalb der Rahmenfrist während längstens sechs Monaten. Sie erhalten nur so weit Beiträge, als ihnen im Vergleich zu ihrer letzten Tätigkeit durch die auswärtige Arbeit finanzielle Einbussen entstehen (Art. 68 Abs. 1 - 3 AVIG)

Der Pendlerkostenbeitrag deckt die nachgewiesenen notwendigen Fahrkosten von Versicherten, die täglich vom neuen Arbeitsort an ihren Wohnort zurückkehren (Art. 69 AVIG).

Der Beitrag an Wochenaufenthalter deckt Kosten, die dem Versicherten dadurch entstehen, dass er nicht täglich an seinen Wohnort zurückkehren kann. Er setzt sich zusammen aus einer Pauschalentschädigung für die auswärtige Unterkunft und den Mehrkosten der Verpflegung sowie aus dem Ersatz der nachgewiesenen notwendigen Kosten für eine Fahrt pro Woche vom Wohnort an den Arbeitsort und zurück (Art. 70 AVIG).

Sie empfehlen der versicherten Person ein Gesuch für Pendlerkosten einzureichen.

Anspruchsvoraussetzungen

PEWO können gemäss Art. 68 Abs. 3 AVIG nur ausgerichtet werden, sofern der versicherten Person im Vergleich zu ihrer letzten Tätigkeit durch die Annahme der auswärtigen Arbeit eine finanzielle Einbusse entsteht.

Nach Art. 94 AVIV erleidet die versicherte Person eine finanzielle Einbusse, wenn bei ihrer neuen Tätigkeit die folgenden Bedingungen erfüllt sind:

- a. der Verdienst, abzüglich der notwendigen Auslagen (dies bis zur Höchstgrenze gemäss Verordnung des WBF über die Ansätze der ALV beim Ersatz der Auslagen für Kursbesuch [SR 837.056.2]) erreicht den vor der Arbeitslosigkeit erzielten versicherten Verdienst (AHV-pflichtiger Lohn; Art. 23 Abs. 1 AVIG), abzüglich der entsprechenden Auslagen, nicht;*
- b. die notwendigen Auslagen (Fahrkosten, Unterkunft, Verpflegung) sind höher als die entsprechenden Auslagen vor der Arbeitslosigkeit.*

Die finanzielle Einbusse wird nicht jeden Monat, sondern nur zu Beginn der auswärtigen Tätigkeit ermittelt (Rz. L2 – L4 Weisung AVIG AMM).

Höhe der Kosten

Fahrtspesen: 240 p. M

Unterkunft: 300 p.M

Verpflegung: 25 p.t

Gemäss Art. 68 Abs. 2 AVIG können diese Beiträge innerhalb derselben RFL während längstens 6 Monaten gewährt werden. Die Frist von 6 Monaten beginnt mit dem auswärtigen Stellenantritt der versicherten Person zu laufen. Stellt sie das Gesuch erst nach diesem Zeitpunkt, werden ihr die Leistungen entsprechend der verspäteten Gesuchseinreichung anteilmässig gekürzt (Art. 95 Abs. 1 i.V.m. Art. 81e Abs. 1 AVIV).